



BESCHLUSSVORLAGE	Vorlage Nr.:	2020/0448
	Verantwortlich:	Dez. 2
Stellenschaffungsverfahren 2020		

Beratungsfolge dieser Vorlage					
Gremium	Termin	TOP	ö	nö	Ergebnis
Personalausschuss	24.04.2020	1		x	vorberaten
Offenlage GR	05./06.05.2020			x	Liste 2 beanstandet
Gemeinderat	26.05.2020	9	x		

Beschlussantrag

Der Gemeinderat beschließt die durch die Bürgermeisterkonferenz priorisierten Stellenschaffungen der Liste 2 im Umfang von rund 9,2 Mio. Euro. Die Stellenbesetzungen erfolgen auf Grund der derzeitigen Finanzsituation im Regelfall (frühestens) zum 1. Januar 2021. Mit dieser Verschiebung der Besetzungen werden Einsparungen im Personalhaushalt für das Jahr 2020 im Umfang von 2,2 Mio. Euro erwartet.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	7 Mio. Euro in 2021		9,2 Mio. Euro		
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu					
IQ-relevant		Nein		Ja	Korridor Thema:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		Nein		Ja	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		Nein		Ja	abgestimmt mit

Das Stellenschaffungsverfahren 2020 wurde in der Personalausschuss-Sitzung am 24. April 2020 beraten und ging zur Beschlussfassung in die Gemeinderats-Offenlage am 5./6. Mai 2020. Siehe hierzu die Beschlussvorlage – Offenlage in der Anlage.

Die AfD-Fraktion hat im Offenlageverfahren dem Beschlussantrag 2 widersprochen, weshalb die Behandlung im Rahmen der Gemeinderatssitzung durchzuführen ist.

Der Widerspruch wurde von der AfD-Fraktion wie folgt begründet:

Die Corona-Krise und die Auswirkungen der von Bund und Land durchgesetzten Schließungen und Einschränkungen vieler privater und öffentlicher Betriebe und Einrichtungen stellen unter anderem auch die Stadt Karlsruhe vor große Herausforderungen. Wie dem Gemeinderat in der letzten Sitzung am 28.04.2020 berichtet wurde, sind die finanziellen Auswirkungen auf die Stadt und die städtischen Gesellschaften durch zusätzliche Ausgaben bei gleichzeitig ausbleibenden Einnahmen und dem bereits beginnenden Ausbleiben von Steuerzahlungen gravierend.

Vor diesem Hintergrund muss die vor Beginn der Corona-Krise von der Verwaltung auf den Weg gebrachte Schaffung der in Liste 2 enthaltenen zusätzlichen städtischen Stellen, die einen zusätzlichen Aufwand von 9,2 Mio. Euro pro Jahr bedeuten, überarbeitet und neu bewertet werden. Es obliegt dem Gemeinderat, sicherzustellen, dass die Umsetzung dieser Verwaltungsvorlage in der nun drastisch geänderten wirtschaftlichen und finanziellen Situation der Stadt nach dem in §77 Abs. 2 der Gemeindeordnung festgelegten Grundsatz der sparsamen Haushaltsführung entspricht, und dann dementsprechend aktiv zu entscheiden. Bei einer so weitreichenden Entscheidung ist der Beschluss mittels einfachen Durchlaufens des Offenlage-Verfahrens nicht angemessen.

Unterzeichnet von:

Dr. Paul Schmidt

Oliver Schnell

Ellen Fenrich

Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat beschließt die durch die Bürgermeisterkonferenz priorisierten Stellenschaffungen der Liste 2 im Umfang von rund 9,2 Mio. Euro. Die Stellenbesetzungen erfolgen auf Grund der derzeitigen Finanzsituation im Regelfall (frühestens) zum 1. Januar 2021. Mit dieser Verschiebung der Besetzungen werden Einsparungen im Personalhaushalt für das Jahr 2020 im Umfang von 2,2 Mio. Euro erwartet.